

Clemens Ronnefeldt

Der iranische Präsident repräsentiert nicht die iranische Bevölkerung

Eindrücke von einer Friedensdelegationsreise des Internationalen Versöhnungsbundes in den Iran im Dezember 2005

Vom 2. bis 12. Dezember 2005 besuchte eine 16-köpfige Friedensdelegation des Internationalen Versöhnungsbundes u.a. die jüdische Gemeinde in Teheran, sprach mit dem jüdischen Vertreter im iranischen Parlament, hatte Begegnungen mit Studierenden der Hochschule für Journalistik in Teheran, traf sich mit dem Erzbischof der armenischen Kirche in Esfahan und diskutierte mit der Frauen-Gesellschaft gegen Umweltverschmutzung in Teheran.

Unter den 15 US-amerikanischen Mitgliedern der Delegation waren auch zwei Vertreter jüdischen Glaubens. Als einziger Europäer nahm der Friedensreferent des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, Clemens Ronnefeldt, an der Reise teil.

Begegnung in Teheran mit dem Parlamentsmitglied Moris Motamed

In der Hauptsynagoge von Teheran wurden wir von Moris Motamed, Mitglied des iranischen Parlamentes für die jüdische Minderheit im Land, begrüßt. Im iranischen Parlament ist er Vorsitzender der iranisch-australischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe und Mitglied des Entwicklungskomitees. Als gelernter Ingenieur berät er in diesem Ausschuss an übergeordneten Bau- und Strukturmaßnahmen im Land mit. Er ist 60 Jahre alt und lebt wie seine Familie seit Jahrzehnten im Iran. Seit sechs Jahren ist er im Parlament, zwei weitere Parlamentsjahre liegen noch vor ihm.

Die Ursprünge des Judentums im Iran seien sehr alt und reichten bis in das Jahr 500 vor Christi Geburt zurück. Die jüdische Gemeinde, die uns empfangen hat, existiere in dieser Form seit ca. 90 Jahren. Trotz vieler Eroberer, die im Laufe der Jahrhunderte in Iran einfielen, hätten die jüdischen Gemeinden, die ihr Land liebten, niemals Iran ganz verlassen. Vor der Revolution 1979 lebten in Iran ca. 100.000 Jüdinnen und Juden, heute nur noch ca. 25.000. Nach der Revolution seien auch viele Rabbiner ausgewandert, derzeit seien nur noch drei im Lande. Landesweit gebe es derzeit in 15 Städten, in denen Jüdinnen und Juden lebten, auch Synagogen, mehr als 12 allein in Teheran. Die Mindestzahl von 10 Gläubigen käme immer zustande. Weitere Gemeinden gebe es unter anderem in Yazd, Esfahan, Kashan und Shiraz.

In Teheran und Shiraz seien Kindergärten, Grundschulen und High-Schools speziell für Jüdinnen und Juden vorhanden. Die jüdischen Familien hätten die Wahl, ob sie ihr Kind auf eine jüdische Schule oder auf eine staatliche Schule entsenden möchten. Ca. 40 Prozent wählten die jüdische Schule, ca. 60 Prozent die staatliche. Er selbst war auf einer staatlichen Schule.

Da bezüglich des Militärs für alle männlichen Iraner die gleichen Gesetze gelten, müssten auch jüdische iranische Männer einen zweijährigen Militärdienst nach Abschluss der Schule ableisten. Jüdische Soldaten in der iranischen Armee würden in der Nähe ihrer Heimatorte stationiert, um ihnen den Zugang zu koscherem Essen sowie den Synagogengottesdiensten zu ermöglichen.

Bei der Vergabe politischer Ämter im Regierungsapparat oder auch an den Universitäten würden die nichtmuslimischen religiösen Minderheiten diskriminiert, so auch die Juden.

Zum ersten Mal in der iranischen Geschichte hätten die parlamentarischen Vertreter der religiösen Minderheiten erreicht, dass es im Staatshaushalt ein festes Budget für sie gebe. Diese finanzielle Planungssicherheit sei sehr wichtig für alle Aktivitäten.

Alle Abgeordneten des Parlamentes hätten die gleichen Rechte, die religiösen Minderheitsvertreter im Parlament seien nicht diskriminiert. Insgesamt unterhalte das iranische Parlament Kontakte zu rund 150 Ländern der Erde.

Früher hätte es Probleme bei der Vergabe von Visa bei Auslandsreisen nach Israel gegeben, diese Probleme seien nun weitgehend gelöst. Bei der Rückkehr von iranischen Jüdinnen und Juden, die Besuche in Israel gemacht hätten, seien früher Befragungen der RückkehrerInnen durchgeführt worden. Diese Probleme seien inzwischen ebenfalls behoben.

Auf die Frage, ob nach der Rede des iranischen Präsidenten am Jerusalemstag bezüglich der Aussagen zur Auslöschung Israels es eine Stellungnahme von ihm oder der jüdischen Gemeinde gegeben habe, antwortete Moris Motamed: Eine Woche nach der Rede habe er mit dem iranischen Präsidenten ein Treffen gehabt, bei dem er ihm mitgeteilt habe, dass diese Aussagen die jüdischen Menschen im Iran verletzt hätten. Bei dem Treffen habe er Präsident Ahmadineschad eine schriftliche Stellung-

nahme überreicht. Wegen des enormen Drucks der internationalen Regierungen und der Reaktionen in der weltweiten Presse, ebenso wegen des Drucks, den der einflussreiche unterlegene Präsidentschaftskandidat Rafsanjani auf Ahmadinejad ausgeübt habe, hätte der iranische Präsident seine Aussagen korrigiert.

Zwei Mitglieder unserer Gruppe geben sich als Juden zu erkennen – und Moris Motamed sagt etwas verschmitzt, dass er ihren Mut bewundere, als amerikanische Juden in diesen Zeiten Iran zu besuchen.

Er erwähnt, dass in der Vergangenheit bereits mehrere hochrangige jüdische Delegationen Iran besucht hätten und von ebenso hochrangigen muslimischen Delegationen in Qom zu Kongressen empfangen worden seien.

Derzeit gebe es Vorbereitungen zu einem internationalen Seminar zu Ehren eines jüdischen Philosophen, das auf Einladung muslimischer Geistlicher in Qom stattfindet.

Er selbst war vor sieben Wochen in den USA an der katholischen Universität in Washington zu Gastvorlesungen eingeladen.

Von den internationalen Beziehungen seien diejenigen zum Judentum in den USA am intensivsten. Erste Ansprechpartner seien US-Rabbiner, die seit 1979 aus dem Iran ausgewandert seien.

Bezüglich des israelisch-palästinensischen Konfliktes betont Moris Motamed, dass die jüdische Gemeinde Gewalt auf beiden Seiten immer wieder zurückgewiesen habe. Beide Seiten müssten die Bereitschaft zeigen, etwas aufzugeben, um zu einer Lösung des Konfliktes beizutragen und somit den Druck aus den Beziehungen zu nehmen.

Moris Motamed bedankte sich zum Schluss für unser Kommen. Die internationalen Medien seien in ihren Äußerungen sehr stark gegen Iran eingestellt. Da wir nun als Augenzeugen im Iran seien und uns selbst ein Bild von der Situation machen könnten, käme uns eine wichtige Aufgabe zu. Als Botschafter in unseren Heimatländern könnten wir falschen Meldungen und Propaganda etwas entgegen setzen.

■ **Begegnung im armenischen Vank-Kloster in Esfahan mit Erzbischof Dr. Babian**

Erzbischof Dr. Gorian Babian ist seit mehr als 25 Jahren Bischof in Esfahan. Er kam gerade von einer Reise nach Kuwait zurück, wo er an einem interreligiösen Dialog mit muslimischen Geistlichen teilgenommen hatte. Zuvor war er bereits in Katar, Bahrain und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das einzige Land, das er bisher in der Region nicht bereisen konnte, weil er keine Genehmigung bekam, war Saudi-Arabien.

Bischof Babian betonte, dass trotz der Scharia im Iran ChristInnen volle Religionsfreiheit genießen, lediglich das Missionieren sei verboten. Er

selbst sei sehr am Dialog interessiert, sein Ziel sei die ökumenische Einheit.

»Der Islam hat spezielle Gesetze – also lasst uns nicht über Religionsfreiheit und Menschenrechte sprechen«, meinte der Bischof. Als Bestrafung sieht die Scharia nach wie vor die Steinigung vor.

Grund für den starken Vorbehalt der iranischen Regierung gegenüber der US-Regierung sei deren Unterstützung für die Regierung in Israel und die Politik Israels insgesamt.

Terror solle nicht mit Islam gleichgesetzt werden.

Iran könnte bessere Beziehungen zu den zahlreichen Muslimen in den USA aufbauen, um die derzeitige internationale Situation zu entschärfen.

Die Schulen von ChristInnen im Iran sowie deren Personal würden von der Regierung der islamischen Republik Iran aus Geldern des Erziehungsministeriums bezahlt.

Auf die Frage, welche Rolle der Versöhnungsbund, speziell der US-Zweig, in der derzeitigen Situation spielen kann, holte der Bischof zunächst weit aus. »US-Amerikaner meinen es oft gut – und machen es schlecht.« Demokratisierung über die Welt bringen zu wollen in der Art, wie die Bush-Regierung dies tut, könne nicht funktionieren. Er selbst habe 1979 die US-Amerikaner in Esfahan davonrennen sehen, als die Revolution immer stärker wurde. 20.000 DemonstrantInnen zogen damals durch die Stadt, von US-Soldaten besuchte Nachtclubs gingen in Flammen auf. Die armenische Kirche und ihre Gebäude sei nicht von einem einzigen Stein getroffen worden, weil sie sehr gut akzeptiert sei.

Als Tipp für die Arbeit des Versöhnungsbundes regte er an, persönliche Beziehungen aufzubauen. »Persönliche Beziehungen sind im Nahen und Mittleren Osten sehr wichtig«. Sie können in die Lage versetzen, als Mediator in Konflikten aufzutreten – so, wie die armenische Kirche dies zuweilen aufgrund ihrer Akzeptanz bei MuslimInnen und ChristInnen tue. »Brücken bauen« sei eine enorm wichtige Aufgabe.

■ **Besuch bei der Imam Ali Foundation for Translation and Publication**

Die Imam Ali Foundation for Translation and Publication sei ein Ort der Begegnung, wo Intellektuelle sich zum Austausch treffen, besonders auch Schiiten und Sunniten.

Der Direktor des Institutes, Mohammad Al-Hasoun, ist im irakischen Nedschef geboren und war zunächst Ingenieur im Irak. Vor einigen Jahren kam er an das Institut und promovierte in Islamwissenschaften. Er ist Autor vieler Veröffentlichungen und hat bereits Vorträge bei etlichen Kongressen in arabischen Ländern, ebenso in Schweden, Dänemark und England gehalten. Er gibt uns eine Einführung in den Islam. Im Islam gebe es nichts, was

dem Intellekt widerspreche. Alle Aspekte des menschlichen Lebens würden im Islam berücksichtigt. Der Islam biete die Grundlagen, alle Menschen zu Frieden und Gerechtigkeit zu führen. Der Islam sei keineswegs eine Religion des Extremismus und der Intoleranz, sondern vielmehr ein Lebensprogramm. Da er alle Aspekte des Politischen und des Sozialen umfasse, gebe es auch keine Probleme damit, dass der Islam Staatsreligion im Iran ist.

Unser zweiter Gesprächspartner, Ahmed Haneef von der Islamic International Foundation of Cooperation, wurde vor 49 Jahren in Trinidad und Tobago geboren und lebte zunächst in Kanada. Er wuchs im katholischen Glauben auf und konvertierte zum Islam wegen der islamischen Revolution, die für ihn große soziale Fortschritte versprach. Er ist mit einer Muslima verheiratet und hat vier Kinder. Sein Sohn, 15 Jahre, nimmt unser Gespräch mit einer Videokamera auf.

Vor zwölf Jahren kam die Familie nach Qom, wo Ahmed Haneef begann, Islam zu studieren. In seiner Suche als Schwarzer habe er Antworten im Islam auf der Suche nach seiner Identität gefunden. An der islamischen Revolution faszinierte ihn besonders, dass Theorie Praxis wurde. Alle Aspekte des Lebens würden im Islam integriert.

Heute arbeitet er als Lehrer und Übersetzer von Farsi ins Englische und hält viele Vorträge.

Auf die Frage, wie religiöser Extremismus bekämpft werden kann, antwortete er, dass im Islam alle Facetten des Extremismus verboten seien. So, wie nicht jeder Christ dem Evangelium folgen würde, folgten allerdings auch viele Muslime nicht dem Islam. Bei der Beschäftigung mit dem Phänomen der Selbstmordattentäter müsse nach den Ursachen gefragt werden. Grundsätzlich sei für ihn ein Selbstmordattentäter, der sein Leben im Kampf riskiert, nicht sehr viel anders zu sehen als ein Soldat, der beim Kampf ebenso sein Leben riskiert. Im Iran gebe es einen prominenten Fall eines Selbstmordattentäters aus dem Iran-Irak-Krieg 1980-88, der als Märtyrer verehrt wird. Beim Anrücken eines irakischen Panzers habe dieser Iraner durch die Zerstörung des Panzers sein eigenes Leben verloren, allerdings das Vorrücken des Panzers und dessen weitere Zerstörungen gestoppt.

Bei der Beurteilung von Selbstmordattentaten sei auch zu unterscheiden, ob es sich um militärische Ziele in einem ungleichen Kampf handele oder um die Tötung unschuldiger ZivilistInnen. In den Medien der westlichen Welt würde über die israelischen Opfer palästinensischer SelbstmordattentäterInnen häufiger und ausführlicher berichtet als über die Opfer auf palästinensischer Seite.

Nach der Lehre des Islam sei es nicht nur wichtig, gerechte Handlungen zu begehen, sondern auch, schlechte Handlungen zu vermeiden. Friedenshandeln nach der Lehre des Koran bestehe darin, im konkreten Handeln gewaltfrei gegen Unrecht zu protestieren; wenn dies nicht möglich ist,

das offen auszusprechen, was ungerecht ist, und wenn dies nicht möglich ist, das, was unrecht und schlecht ist, im Herzen zu hassen.

Eine Möglichkeit der Verständigung zwischen Iran und der westlichen Welt besteht für ihn in der Förderung alternativer Medien und der intensiven Beschäftigung mit dem Islam.

Im Islam gebe es keine Rechtfertigung für Angriffskriege, allerdings sei die militärische Selbstverteidigung wie im Falle des Angriffskrieges 1980 von Irak ausgehend erlaubt.

Auf die Frage, welche Kooperationsprojekte es mit den USA und der EU gibt, verweist Herr Al-Hassoun auf die Arbeit des Ali Chomeini Instituts, dessen interreligiöse Foren und Kongresse sowie Einladungen an Wissenschaftler aus verschiedenen Teilen der Erde.

Die Frage, ob es im Islam auch Raum gibt, die jeweilige Politik der Regierung zu kritisieren, bejaht Herr Haneef. Die Regierung zu kritisieren, sei kein Verbrechen. Nicht hinnehmbar seien allerdings die Terrorangriffe der Mudjahedin-Organisation »el-Khalq«, die vom Irak aus im Iran operierten, früher Saddam Hussein unterstanden und nun im Auftrag des US-Geheimdienstes handeln würden.

Herr Al-Hassoun erläutert den Weg zum Ayatollah. Um Ayatollah zu werden, könne man ab dem 15. Lebensjahr zunächst fünf Jahre die arabische Sprache studieren. Anschließend folge ein drei- bis fünfjähriges Studium der Islamwissenschaften. Wer diesen Teil abgeschlossen und sein Diplom erlangt habe, könne einen Turban tragen, müsse dies aber nicht. Ob jemand Ayatollah wird, hängt von dem Ruf des betreffenden Lehrers ab, den dieser bei seinen StudentInnen und Anhängern genießt. Frauen könnten auch Kleriker werden, auch Ayatollas. Frauen hätten spezielle spirituelle Zugänge und könnten sich schneller mit Allah verbinden als Männer, meint Herr Haneef. Derzeit gebe es eine Frau, die Ayatollah sei.

Fragen nach dem aktuellen Atomkonflikt verwies Herr Al-Hassoun an die zuständigen Politiker, gab allerdings auch seine persönliche Meinung preis. Er erwähnte zunächst, dass Ayatollah Chomeini grundsätzlich gegen Atomwaffen war.

Als BürgerInnen der USA und der EU sollten wir in unserer Heimat die doppelten Standards kritisieren, die Israel und Iran betreffen. Israel habe bis heute sein Atomprogramm weder gemeldet noch sich Kontrollen der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien unterworfen, wie Iran dies getan habe.

■ Besuch bei der School of Media Studies in Teheran

Am Eingang der School of Media Studies ist ein Trauerband mit Bildern der beim Absturz der Militärmaschine C 130 in Teheran ums Leben gekommenen JournalistInnen zu sehen, die an diesem In-

stituit in Ausbildung waren. Vom Fenster herunter grüßen uns die Studierenden, die sich offensichtlich sehr auf unseren Besuch freuen.

In einem der Hörsäle kommt es zur ersten Diskussionsrunde. Der Direktor der Schule musste wegen des Flugzeugabsturzes zur Regierung und ist heute nicht da, was uns vermutlich noch mehr Freiheiten gibt.

Drei Studierende, zwei Studentinnen und zwei Studenten, begrüßen uns und geben eine Einführung in die Ausbildung. Ca. 500 Studierende verteilen sich auf die Hauptrichtungen Journalismus, Übersetzung und Fotojournalismus. Wer die Hochschule abgeschlossen hat, hat Zugang zu allen Medien. Die Plätze auf dem Arbeitsmarkt seien allerdings sehr begrenzt.

Eine Studentin bedankt sich, dass wir da sind, und betont: »Sie sind Botschafter des Friedens.« Besonders bedankt sie sich, dass wir unseren Schmerz über den Tod ihrer KollegInnen zum Ausdruck gebracht haben.

Die erste Frage eines Studenten kommt klar und deutlich: Was hat der Internationale Versöhnungsbund bisher getan, um einen Friedensschluss zwischen Israel und Palästina zu fördern? Wir betonen unsere Zusammenarbeit mit Friedensgruppen auf beiden Seiten, die Unterstützung israelischer Kriegsdienstverweigerer, Einladungen zu gemeinsamen Touren von VertreterInnen der Friedensbewegungen beider Seiten.

Auf die Frage, wie viel Spielräume die Medien insgesamt haben und welche Perspektiven für ihre Arbeit die jungen angehenden JournalistInnen sehen, bekommen wir zur Antwort: Wir wollen die Tatsachen so darstellen, wie sie sind. In keinem Land der Erde gebe es absolute Freiheit für die Medien. Jedes Medium, auch jede einzelne Zeitung, habe ihre eigene politische Haltung.

Breiten Raum unserer Diskussion nimmt der aktuelle Flugzeugabsturz in Teheran ein. Eine Studentin macht die US-Wirtschaftssanktionen für den Tod der mehr als 100 Menschen, darunter viele JournalistInnen, verantwortlich, weil es seit Jahren an Ersatzteilen fehle. Bei der Unglücksmaschine handelte es sich um eine C 130, die Iran von den USA noch vor der Revolution 1979 gekauft hatte. Alle Maschinen seien überaltert, die Wartung äußerst schwierig. Ein Student bittet uns sehr eindringlich, in den USA den tragischen Tod so vieler Menschen zum Anlass zu nehmen, mit der Forderung nach Aufhebung der Sanktionen in die Öffentlichkeit zu gehen.

Bei der Aufklärung der Bevölkerung seien alternative Medien sehr wichtig. US-Teilnehmer unserer Delegation betonen, wie schwierig es sei, mit Versöhnungsbund-Positionen in die Massenmedien der USA zu kommen.

Wir ziehen um in einen Raum, der voller Computer steht. Statt eines Plenumsgesprächs vereinbaren wir, die restlichen 45 Minuten zum informel-

len Kleingruppengespräch zu nutzen. Ein Student klickt sofort die Internetseite von FOR (*Fellowship of Reconciliation*) in den USA an und findet unsere Delegation. In diesem Raum sei z.B. auch die deutsche Welle zu empfangen, bei seinem Computer zu Hause sei diese Website geblockt und nicht zu öffnen, teilt uns ein Student mit. Die Studierenden betonen, dass in diesem Raum fast alle Websites weltweit zu öffnen sind.

Nach der Wahl Ahmadineschads seien einige Lehrer gegen konservativere ausgewechselt worden. Der Leitung der Schule seien die schwarzen Kleider der jungen Studentinnen zu kurz – sie tragen sie trotzdem. Dafür seien einige auf Listen erfasst worden, ohne dass dies bisher zu Konsequenzen geführt habe. Auch das weit zurückgeschobene Kopftuch mancher Studentinnen würde immer wieder kritisiert. Die derzeitige Regierung würde von der Mehrheit der Studierenden abgelehnt. Viele JournalistInnen würden einfach ihre Arbeit machen und ansonsten ihren Mund halten, um nicht entlassen zu werden. Das Studium der Übersetzung sei ungefährlicher, weil man sich damit nicht so der Kritik aussetzen würde wie beim Schreiben eigener Artikel.

Einige möchten gerne nach dem Studium auswandern, am liebsten nach Kanada oder nach Europa. Im Schulgebäude hängen im Flur auf allen Etagen Poster mit Friedensslogans, die den Krieg verurteilen.

Weil die nächsten Vorlesungen begannen, mussten wir leider unseren Besuch nach ca. zwei Stunden beenden. Etliche Studierende begleiteten uns noch die Treppe hinunter und winkten unserem Bus noch lange nach.

■ Besuch bei der Frauen-Gesellschaft gegen Umweltverschmutzung

Die heutige 88-jährige Begründerin der NGO »Women Society Against Environmental Pollution« (WSAEP), Frau Mahlagha, begrüßte uns. In ihrer Einführung in die Struktur und Ziele der Gruppe machte sie deutlich, warum sie gerade Frauen für besonders geeignet hält, für die Bewahrung der Schöpfung Verantwortung zu übernehmen.

Die NGO begann ihre Arbeit 1993 und wurde im Frühjahr 1995 offiziell registriert. Derzeit gibt es 1.040 Mitglieder in Teheran, ca. 5.000 im ganzen Land. 80 Prozent der Mitglieder sind Frauen.

Insgesamt seien etwa 250 Nichtregierungsorganisationen im Iran im Umweltbereich aktiv.

Konkret protestierten Mitglieder von WSAEP gegen den Bau einer neuen Autobahn, die in den Norden des Landes führen sollte. JournalistInnen wurden vor Ort eingeladen, sich ein Bild von der geplanten Zerstörung eines ökologisch wertvollen Waldgebietes zu machen. Protestbriefe an die Regierung blieben erfolglos. Durch den Ankauf von Land sollten nach Beginn der Bauarbeiten weitere

Zerstörungen vermieden werden. Aktive von WSAEP stellten sich mit Transparenten den Bulldozern in den Weg. Trotz allen Widerstandes wurde die Autobahn dennoch gebaut.

Während unseres Aufenthaltes wurden wegen der katastrophalen Luftwerte in der ca. 10 Millionen EinwohnerInnen zählenden Metropole Teheran für zwei Tage die Kinder angewiesen, zu Hause zu bleiben, um den Verkehr in der Stadt nicht noch weiter zu belasten. Es gibt lediglich zwei U-Bahn-Linien in Teheran in den beiden Hauptrichtungen Ost-West und Nord-Süd.

Im Bereich der erneuerbaren Energien mache das Land Fortschritte. Erste Windparks seien am Entstehen, mit Deutschland gebe es eine intensive Zusammenarbeit im Solarenergie-Bereich, mit der Schweiz beim Bau von Geothermie-Kraftwerken. In Esfahan sei gerade eine neue Firma zur Produktion von Solaranlagen gebaut worden.

NGOs würden landesweit dafür arbeiten, erneuerbare Energien zu promoten. Auf einen Brief von WSAEP an die iranische Regierung, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, habe diese ablehnend reagiert. Die nationalen Interessen stünden über der Unterzeichnung.

Zur Atomenergie äußerten sich Mitglieder von WSAEP negativ: Am Ende der angeblich sauberen Atomenergie stünden immer radioaktive Abfälle, deren Entsorgung weltweit nicht gelöst sei.

Die Investitionen ausländischer Firmen seien ambivalent zu sehen. Einerseits würden Arbeitsplätze geschaffen, andererseits seien auch gerade ausländische Firmen stark an der Umweltbelastung im Lande beteiligt.

NGOs im Lande wurden gewarnt, sich in politische Themen einzumischen.

Nach Ansicht der Mitglieder von WSAEP sei der weltweite Kapitalismus, dem es nur um Profit geht, maßgeblich verantwortlich für Umweltzerstörungen im Iran.

Als im April 2000 die Heinrich-Böll-Stiftung 20 IranerInnen aus dem Bereich der iranischen NGOs nach Berlin eingeladen hatte, wurden diese nach ihrer Rückkehr im Iran festgenommen. Dieser Schock sitze immer noch tief und wirke nach. Kontakte ins Ausland seien zwar durchaus erwünscht, könnten für die Arbeit vor Ort allerdings auch kontraproduktive Auswirkungen haben. Unter den Festgenommenen war auch eine Mitarbeiterin von

WSAEP. Ihrem Rechtsanwalt sei es gelungen, den Vorwurf der Gefährdung der nationalen Sicherheit zu entkräften und mit Verweis auf Artikel 15 der iranischen Verfassung, demzufolge die Umwelt des Landes zu schützen sei, eine drohende Gefängnisstrafe in eine Geldbuße umzuwandeln.

■ Ein persönliches Kurzfazit

Auf unserer zehntägigen Reise durch den Iran waren wir überall herzlich willkommene Gäste und konnten die großartige Gastfreundschaft der iranischen Bevölkerung kennenlernen. Wo wir auftauchten, waren wir sofort von Menschen umringt, die mit uns ins Gespräch kommen wollten.

Insbesondere im studentischen Milieu werden der neue iranische Präsident und seine israelfeindlichen Äußerungen heftig abgelehnt. Bei einer abendlichen Sendung von BBC während unseres Aufenthaltes, die im ganzen Land zu sehen war, wurden StudentInnen interviewt, die sagten: Wir haben zu lange zu hart gekämpft für unsere Freiheiten, um zum alten System zurück zu kehren. Einem Mullah wurde im Tumult der Turban vom Kopf gerissen.

Die Präsidenten-Wahl vom letzten Sommer mit den Kandidaten Ahmadineschad und Rafsanjani bezeichneten einige als Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Der Milliardär Rafsanjani sei vielen suspekt gewesen, weil er die Interessen Irans an den Westen zu verkaufen drohte.

Nach neun Tagen intensiver Begegnungen in Teheran, Esfahan, Shiraz und Qom hatte unsere Delegation nicht den Eindruck, dass Präsident Ahmadineschad die Bevölkerung im Iran repräsentiert.

Um im aktuellen Konflikt um das iranische Atomprogramm die verhärteten Fronten aufzubrechen, scheint eine Nichtangriffsgarantie der USA und Israels gegenüber Iran äußerst wichtig, um das von US-Truppen umzingelte Land zu Zugeständnissen zu bewegen.

Clemens Ronnefeldt, ist Versöhnungsbundreferent für Friedensfragen. Auf der Internet-Homepage des Versöhnungsbundes – www.versoennungsbund.de – gibt es eine ausführliche politische Hintergrundanalyse von Clemens Ronnefeldt mit dem Titel »Krieg gegen Iran?«